

«Mangelnde Strategiefähigkeit der Schweiz»

Für ETH-Professor Andreas Wenger blickt der Sicherheitspolitische Bericht 2010 zu wenig in die Zukunft

Mangelnde Strategiefähigkeit, zu starker Departmentalismus, eine zu kurzfristige Lagebeurteilung – Experte Andreas Wenger hat am Bundesratsbericht einiges zu bemängeln.

CHRISTIAN NÜNLIST
Herr Wenger, nach endlosem Gezerre ist der Bericht nun veröffentlicht worden. Sind Sie mit der Schlussfassung zufrieden?

Andreas Wenger: Ja und nein. Zum Glück wurde letztlich an der Kooperationsstrategie auch mit internationalen Partnern festgehalten, das entspricht dem grenzüberschreitenden Charakter der aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Es ist aber schade, dass der Bericht die langfristigen strategischen Interessen der Schweiz, die sich inhaltlich und geografisch ausdehnen, nicht konkretisiert. Und dass wesentliche Fragen an den Schnittstellen zwischen Verteidigung, innerer Sicherheit und Aussenpolitik nicht geklärt werden. Der Departmentalismus kommt im Bericht noch viel zu stark zum Ausdruck.

Hat der heftige Richtungsstreit zwischen «Isolationisten» und «Internationalisten» zu einem Kompromiss geführt, den niemanden richtig glücklich macht?

Wenger: Solche Berichte sind in der Schweiz immer politische Konsenspapiere. Der Bundesrat hat es verpasst, eine kohärente, zukunftsgerichtete Strategie zu entwickeln, mit der die Blockaden im Bereich der Sicherheitspolitik überwunden werden könnten. Die Tendenz zur parteipolitischen Instrumentalisierung der Sicherheitspolitik bleibt damit leider bestehen.

Wo sehen Sie die grössten Rückschritte im Vergleich zum Vorgängerbericht von 1999?

Wenger: Der vorliegende Bericht ist sehr viel stärker auf die Zusammenarbeit im Innern ausgerichtet,



HAND IN HAND Armee und Polizei sollen so harmonisch zusammenarbeiten wie hier in Lausanne während des G-8-Gipfels von Evian. KEYSTONE

dort, wo primär die Kantone gefragt sind. Zu kurz kommen dagegen die sicherheitspolitischen Kernaufgaben des Bundes – die Wahrung der Schweizer Interessen im Ausland und die Vorbeugung, Abwehr und Bewältigung machtpolitisch oder kriminell motivierter Druckversuche aus dem In- und Ausland. Ausserdem blickt der Bericht zu wenig in die Zukunft: Sind Trendbrüche zu erwarten? Welche Herausforderungen dürften sich mittel- und langfristig akzentuieren?

Wieso hat der Bundesrat nicht mutiger die künftige Marschrichtung vorgegeben?

Wenger: Der Bericht widerspiegelt die mangelnde Strategiefähigkeit unseres Regierungssystems. Er stellt eine Auslegeordnung des zurzeit politisch Machbaren durch eine Kollegialregierung dar. Das entspricht nicht

unbedingt dem auf lange Sicht sicherheitspolitisch Wünschbaren.

Und was gefällt Ihnen am neuen Sipol-Bericht?

Wenger: Dem Bericht gelingt es, den Kernbereich der Sicherheitspolitik abzugrenzen. Zu Recht weist der Bericht darauf hin, dass die primäre Zuständigkeit für Probleme im Zusammenhang mit Klimawandel, Pandemien oder Migration bei der Umwelt-, der Gesundheits- und der Ausländerpolitik liegt.

Die Lagebeurteilung beginnt mit dem Satz: «Die Welt, in der wir leben, ist nicht grundlegend anders als vor 10 Jahren.» Teilen Sie diese Einschätzung?

Wenger: Nein, die Welt hat sich sehr stark verändert. Vor zehn Jahren konzentrierte sich die sicherheitspolitische Debatte in Europa auf den Balkan, heute stehen die Entwicklungen im Mittleren Osten und in Südwestasien

politische Lage anerkannt hätte?

Wenger: Das Grunddilemma der Schweizer Sicherheitspolitik wäre dann deutlicher hervorgetreten: Die Schweiz liegt inmitten einer der stabilsten Regionen der Welt. Aufgrund der Globalisierung können aber zunehmend auch weit entfernte Gefahrenherde eine Wirkung bis nach Europa entfalten; dies gilt besonders für ein so stark vernetztes Land wie die Schweiz, dessen Wirtschaft auf funktionierende Transport-, Versorgungs-, Kommunikations- und Handelsnetzwerke angewiesen ist.

Der Bericht sieht erstmals auch in den Kantonen und Gemeinden sicherheitspolitische Akteure.

Soll man Sicherheitspolitik föderalistisch gestalten?

Wenger: Ich stehe der Ausweitung der Sicherheitspolitik auf den gesamten Bereich der Alltagsgewalt – der Gewalt gegen Leib und Leben – in einem Bericht des Bundesrates eher skeptisch gegenüber, weil sich damit der Bezugsrahmen der Sicherheitspolitik noch stärker auf die Ebene von Kantonen und Gemeinden verschiebt. Zudem wird die Gretchenfrage an der Schnittstelle zwischen Bund und Kantonen nicht beantwortet: Wir haben zu wenige Polizisten. Wie wird diese Lücke geschlossen und wer soll dafür bezahlen?

Wer soll in einer Krise führen? Der Bund oder die Kantone?

Wenger: Naturkatastrophen, Ausfälle in den kritischen Infrastrukturen und andere Notlagen machen sich immer zuerst lokal bemerkbar. Daher ist es grundsätzlich auch sinnvoll, wenn ein einheitlicher Koordinationsmechanismus zwischen Kantonen

und Bund geschaffen wird. Ebenso wichtig wäre es aber, dass die strategische Früherkennungs- und Handlungsfähigkeit des Bundesrates verbessert würde. Zum Reformbedarf der sicherheitspolitischen Führungsorgane auf der Stufe Bund schweigt der Bericht leider.

Die Schweiz tut sich nach wie vor schwer mit den Annäherungen an die EU-Sicherheitspolitik.

Wenger: Der Bericht anerkennt die sicherheitspolitischen Leistungen der EU sowohl im Bereich der militärischen und zivilen Friedensförderung als auch im Bereich der Justiz- und Polizeizusammenarbeit. Auch hält er

«Es braucht nun dringend eine vertiefte Debatte um Armeemodelle»

fest, dass sich die Schweiz vermehrt an der internationalen Sicherheitsproduktion, vorab mit zivilen Mitteln, beteiligen soll. Grundsätzlich sollen zwar auch die militärischen Beiträge in und um Europa quantitativ und qualitativ ausgebaut werden. Es fehlt aber an konkreten Umsetzungsvorstellungen. Noch weniger klar wird, ob auch Verteidigungsfragen in einem europäischen Rahmen gedacht werden sollen.

Was für eine Armee braucht die Schweiz im Jahr 2010?

Wenger: Die Armee wird ihre robusten Verbände verkleinern und das Dienstpflicht- und Ausbildungsmodell anpassen sowie die Organisationsstrukturen verändern müssen. Unklar ist aber noch, wie dabei gleichzeitig die

SIPOL B 2010

Am Donnerstag hat der Bundesrat den Entwurf des neuen Sicherheitspolitischen Berichts verabschiedet und in eine Anhörung geschickt. Vor den Sommerferien soll der überarbeitete Bericht verabschiedet werden. Der Bericht analysiert das sicherheitspolitische Umfeld der Schweiz. Es wird dargelegt, dass sich die Bedrohungslage für die Schweiz nicht fundamental geändert hat. Die bisherige Strategie (Sicherheit durch Kooperation, 1999) wird als richtig erachtet und soll weitergeführt werden. Der neue Bericht skizziert auch Kurskorrekturen, insbesondere die bessere Koordination zwischen Bund und Kantonen. 2009 führte das VBS eine breit angelegte Anhörung durch, zu der 45 Organisationen und Experten aus In- und Ausland eingeladen wurden. Diese Anhörungen dienten dazu, den diversen Meinungen eine Plattform zu geben und den Dialog zu fördern. (CHN)

Verteidigungsfähigkeit, die Sicherungs- und Schutzaufgaben und die Friedensförderungsbeiträge gestärkt werden sollen. Da muss der Armeebericht Klarheit schaffen.

Andere Staaten überlassen die Auslandeinsätze längst den Profis. Macht die Milizarmee im 21. Jahrhundert noch Sinn?

Wenger: Die Überlegungen des Sicherheitspolitischen Berichts greifen zeitlich nicht weit genug in die Zukunft, um daraus ein langfristiges und bedrohungsgerechtes Leistungsprofil der Armee ableiten zu können. Der Armee fehlen langfristige Zielvorgaben und eine nachhaltige betriebswirtschaftliche Strategie, um die knapper werdenden Mittel sinnvoll einsetzen zu können.

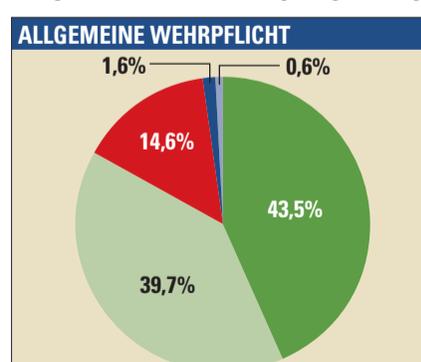
Der Sipol-Bericht hat in dieser Frage noch keine Entscheidungshilfe geleistet...

Wenger: Klar ist: Aufgrund der demografischen Entwicklung werden die Bestände bis 2025 um rund ein Viertel sinken. Die Politik wird also wählen müssen – entweder weniger Leistung oder eine Änderungen am Wehr- und Dienstpflichtmodell. Es braucht nun dringend eine vertiefte Auseinandersetzung mit verschiedenen Armeemodellen!

ANDREAS WENGER

ist Professor für Schweizer und internationale Sicherheitspolitik an der ETH Zürich. Er hat die Entstehung des Sipol B 2010 in der Anfangsphase als wissenschaftlicher Experte begleitet.

ALLGEMEINE WEHRPFLICHT GERÄT UNTER BESCHUSS



Sind Sie eher...
 ... für die Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht
 ... für eine Berufsarmee
 ... für die Abschaffung der Armee
 ... andere
 ... weiss nicht
 Quelle: M. I. S. Trend Grafik: MZ/Barbara Adank

Das derzeitige Militärsystem überzeugt die Schweizer nicht mehr. Laut einer Umfrage, die im Wochenmagazin «L'Hebdo» publiziert wurde, befürworten **nur noch 43,5 Prozent** der Befragten die allgemeine Wehrpflicht. Sowohl in der Deutschschweiz (47% Befürworter) und noch stärker in der Romandie (32% Befürworter) steht die Wehrpflicht unter Beschuss. **Nur 40 Prozent der Frauen wollen den Status quo.** Einzig die über 50-Jährigen unterstützen das bestehende System der Wehrpflicht. (CHN)

«Zum Reformbedarf auf Stufe Bund schweigt der Bericht leider»

im Zentrum der Aufmerksamkeit. Damals ging es um die Prävention und die Stabilisierung von innerstaatlichen Gewaltkonflikten, heute werden diese überlagert durch transnationale Gewaltphänomene wie Terrorismus, Extremismus und Dschihadismus. Heute ist zudem eine Politisierung der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen unübersehbar.

Was hätte der Bericht empfohlen, wenn er diese veränderte welt-